

ellen Frage zuerst aus den Journalen erfahren wird. Immerhin dürfte es aber an der Zeit sein, daß die Frage der Holzausbeutung in der Ministerkonferenz eingehend nach allen ihren Seiten erörtert werde.

Schließlich dürfte nicht unbemerkt bleiben, daß auch der bekannte ungarische Parteimann Türri mit dem Projekte einer Eisenbahn hervorgetreten ist, die von Esseg nach Brod, von da durch einen Teil Bosniens über Livno nach Spalato gehen soll. Diese Bahnlinie kann weder der Militärgrenze noch Dalmatien konvenieren; da sie aber ein spezifisch ungarisches Interesse (die nächste Verbindung von Südungarn mit Spalato) fördert und nach der Parteistellung und dem Einflusse des Konzessionswerbers vielen Anhang findet, so scheint es rätlich, baldmöglichst durch einen bestimmten Entschluß allen weiteren Velleitäten dieser Art einen Riegel vorzuschieben.

### Nr. 35 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 12. Februar 1869

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke (17. 2.), der Reichskriegsminister [FML.] Freiherr v. Kuhn (18. 2.), der k. k. Ministerpräsidentenstellvertreter Graf Taaffe, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Andrassy.

Protokollführer: Hofsekretär Freiherr v. Konradshaim.

Gegenstand: Feststellung des Vorganges bei Erwirkung Ah. Auszeichnungen für Inländer, welche nicht dem Bereiche des antragstellenden Ministeriums angehören.

KZ. 474 – RMRZ. 35

Protokoll des zu Wien am 12. Februar 1869 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Grafen v. Beust.

**Reichskanzler Graf Beust:** Es sei eine keineswegs verwickelte Sache, um die es sich heute handle, die aber gleichwohl protokollarisch festgestellt werden möge. Finanzminister Lónyay habe ihm nämlich eine Note übersendet, worin anlässlich des nunmehr zum Abschluß gelangten Geschäftes, betreffend das ungarische Eisenbahnanlehen, mehrere Personen, welche sich um das Zustandekommen dieses Geschäftes verdient gemacht haben, zur Erwirkung von Orden und Dekorationen in Antrag gebracht werden. Unter den Vorgeschlagenen befänden sich neben mehreren Pariser Finanzmännern auch zwei Wiener, nämlich der Bankier Gustav Springer und der Journalist Gustav Schlesinger.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> *Menyhért Lónyay (1822–1884), ungarischer Finanzminister. Vgl. au. Vortrag des Ministers des Äußern v. 22. 2. 1869 mit den vom ungarischen Finanzminister auf Ah. Befehl angeregten au. Anträgen, denjenigen Personen, welche sich um die Emission des ungarischen*

Was nun die Ausländer betreffe, so glaube er keinem Widerspruche zu begegnen, wenn er die ressortmäßige Befugnis zur au. Vortragserrstattung für sich als Minister des Äußern in Anspruch nehme. Aber anders verhalte es sich mit Springer und Schlesinger, welche der diesseitigen Reichshälfte angehören und rücksichtlich welcher daher das cisleithanische Ministerium bei dem vom Finanzminister Lónyay ausgegangenen Antrage möglicherweise mitinteressiert sein könne.<sup>2</sup> Dieser Umstand führe ihn zur Erkenntnis des notwendigen Einverständnisses unter den beiden Landesministerien in Fällen, wo eines derselben für Verdienste, die der ihm unterstehenden Reichshälfte zustatten kommen, jemanden zu einer Ah. Auszeichnung zu beantragen beabsichtigt, der nach seiner Landesangehörigkeit dem Bereiche des anderen Ministeriums untersteht.

Das Recht der Initiative und selbständigen Vertretung seines Vorhabens könne dem antragstellenden Ministerium gewiß nicht bestritten werden, aber andererseits müsse zugegeben werden, daß ein solcher Antrag möglicherweise dem Ministerium der anderen Reichshälfte Verlegenheiten bereiten könne, wenn es sich um Personen handelt, welche wegen ihrer von der Politik des Ministeriums abweichenden politischen Tendenzen sich mit demselben geradezu in Opposition befinden oder in sonstiger Beziehung anrücklich und für eine Ah. Auszeichnung nicht geeignet erscheinen.

Es komme also darauf an, das angedeutete Recht der selbständigen Antragstellung mit der gebotenen Rücksicht auf etwaige Bedenken des anderen Ministeriums praktisch in Einklang zu bringen. Hiefür schein sich ihm der Vorgang zu empfehlen, daß zwischen den beiden Landesministerien von Fall zu Fall das Einvernehmen gepflogen werde, wobei es in der Natur der Sache liege, daß das um seine Äußerung befragte Ministerium sich ebensowie in eine, lediglich dem antragstellenden Ministerium obliegende Erörterung der objektiven Würdigkeit einzulassen habe, als es sich bei etwaigen Bedenken von nebensächlichen Konnivenzen leiten lassen solle.

Eine weitere Frage sei noch die, wie der diesfällige Verkehr unter den beiden Ministerien formell zu regeln sei. Nach einer kurzen Diskussion, wobei sich sämtliche Ansichten in einer mit den Auseinandersetzungen des Reichskanzlers konformen Auffassung begegneten und in deren Verlaufe

---

schen Eisenbahnlehens in Paris und Wien besondere Verdienste erworben haben, Ah. Ordensauszeichnungen Ag. zu verleihen. HHStA., Kab.Kanzlei, KZ. 651/1869. *Bankier Gustav Springer (1842–1920) hat das Bankhaus „Max Springer“ gegründet. Baron Eötvös kgl. ung. Kultusminister an Beust v. 6. 3. 1869 HHStA., PA. I, Karton 558, Nr. 228/1869; Beust an Eötvös 11. 3. 1869 ebd. Die Dienste Schlesingers, eines in Wien wohnhaften preußischen Schriftstellers, in Sachen des Eisenbahnkredits wurden auch im ungarischen Ministerrat erwähnt: 11. 3. 1869 MT. 15/1869, OL., K-27.*

<sup>2</sup> *Die Frage behandelte auch der ungarische Ministerrat: 1. 3. 1869 MT. 12/1869, OL., K-27.*

Ministerpräsident Graf Andrassy bloß darauf Gewicht legte, daß die Äußerung des befragten Ministeriums sich jeder meritorischen Begutachtung des beabsichtigten Antrages zu enthalten und bloß den Charakter einer Aufklärung über die Person des Auszuzeichnenden zu wahren habe, während Graf Taaffe hervorhob, wie nur wesentliche Bedenken in Betracht kommen könnten, einigte sich die Konferenz über Antrag des Grafen Taaffe in dem Beschluß: 1. daß in allen Fällen der bezeichneten Kategorie mit dem jenseitigen Ministerium das Einvernehmen zu pflegen, das heißt, an dasselbe die Anfrage zu richten sei, ob es gegen die in Frage stehende Person irgendwelche wesentliche Bedenken habe; 2. daß solche Bedenken stets zu motivieren und wenn das antragstellende Ministerium trotzdem auf seiner Absicht beharre, die abratende Note des jenseitigen Ministeriums dem diesbezüglichen au. Vortrage beizuschließen sei; 3. daß die hierauf bezügliche Korrespondenz den beiderseitigen Ministerpräsidenten obliegen solle, nachdem nach der neuen Einrichtung ohnehin dies- wie jenseits der Leitha jede Ordenserwirkung im Ministerrate zur Verhandlung zu kommen habe.

Womit die Sitzung geschlossen wurde.

Beust

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.  
Wien, 21. Februar 1869. Franz Joseph.

### Nr. 36 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 18. Februar 1869

*RS. (und RK.)*

Gegenwärtige: der Reichskanzler Graf Beust, der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke (23. 2.), der Reichskriegsminister [FML.] Freiherr v. Kuhn (23. 2.).

Protokollführer: [Hofsekretär] Freiherr v. Konradsheim.

Gegenstand: I. Bau der Dalmatinischen Eisenbahn und Verwertung der ärarischen Waldungen in der Militärgrenze. II. Verwendung eines in den Händen des Militärärars befindlichen Vorrates von Brucherz zum Gusse neuer Kanonen für das Arsenal in Pola.

KZ. 477 – RMRZ. 36

Protokoll des zu Wien am 18. Februar 1869 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.

I. Reichskanzler Graf Beust erbat sich das Wort, um das bereits in der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates vom 9. d. M. verhandelte Projekt des englischen Parlamentsmitgliedes Ralph Earle betreffend die Kombinierung des dalmatinischen Eisenbahnbaues mit der Holzausbeutung der ärarischen Waldungen in der Militärgrenze nochmals zur